

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 22. Januar 2020

§ 225

Motion Franz Landolt, Näfels, und Unterzeichnende «Taten statt Worte im Klimaschutz»

(Bericht Regierungsrat, 26.11.2019)

Franz Landolt, Näfels, Unterzeichner, beantragt namens der Motionäre, es sei die Motion als Postulat zu überweisen. – Die Motionäre haben verstanden, dass es Sache des Regierungsrates ist, das nötige Personal zu definieren und zu beantragen. Daher bitten sie den Regierungsrat, über die Bücher zu gehen, seine eigenen Ziele und Aufgaben, Berichte und Analysen zum Klimaschutz zu prüfen und die notwendigen Schlüsse zu ziehen. – Der Landrat hat heute Morgen die Digitalisierung der Steuererklärung beschlossen. Er hat dies getan, weil er dies für richtig erachtet. Man muss die Relevanz dieses Geschäfts aber mit jener des Klimaschutzes, ein weltweites, ernstzunehmendes Problem der ganzen Menschheit, vergleichen. Es braucht auch für den wichtigen Klimaschutz Ressourcen. Viele Ratsmitglieder erklären immer wieder, was sie persönlich zugunsten des Klimas oder der Umwelt leisten. Viele handeln ökologisch bewusst und sind umweltverbunden. Dafür ist zu danken. Es geht aber nicht nur darum, was man selbst tut. Die Ratsmitglieder haben eine Vorbildfunktion. Deren positiven Bestrebungen sind auf die Bevölkerung zu übertragen. Es braucht ein Umdenken und ein anderes Handeln. Das ist nicht immer bequem. In Tat und Wahrheit führt man tagtäglich Kleinkrieg mit den Lebensgrundlagen. Die Menschen leben zu wenig nachhaltig. Im Kanton Glarus und in der Schweiz gibt es nach wie vor eine Wegwerf- bzw. Einweg-Gesellschaft. Es wird zu wenig in Kreisläufen gedacht. Insektensterben und Millionen Tonnen an Kunststoffmüll, die jährlich ins Meer gespült werden, haben Folgen für die Lebensgrundlagen. Es besteht die Gefahr, dass das Boot, in dem alle Menschen sitzen, kentert. – Wie so oft geht es auch beim Umwelt- und Klimaschutz nicht um die grossen Würfe. Dass Handlungsbedarf besteht, zeigt auch der Bericht des Regierungsrates vom Februar 2019, der die schon heute vorhandenen Folgen der Klimaveränderung aufzeigt und Gegenmassnahmen definiert. Es gibt gute Grundlagen. Für ein Aktivwerden der Verwaltung fehlt jedoch schlicht die Zeit. Ebenso wichtig wäre es, prophylaktisch zu handeln und Massnahmen einzuleiten, um Schäden zu verhindern. Der Kanton Glarus ist als Gebirgskanton von den Folgen der Klimaveränderung allenfalls besonders stark betroffen. – Vielleicht verschafft es ein besseres Gewissen, wenn jetzt gehandelt wird. In einigen Jahren werden die Grosskinder Fragen stellen. Nichtstun wäre eine schlechte Alternative. Die Bevölkerung scheint immer stärker sensibilisiert zu sein.

Regierungsrat *Kaspar Becker* beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Den Motionären ist für die Unterstützung in diesem wichtigen Thema zu danken. In weiten Teilen besteht mit diesen Einigkeit. Die Aufmerksamkeit, die der Klimaschutz erhält, ist er-

freulich. Allerdings wird vorliegend nicht der richtige Weg beschritten, um Stellen zu schaffen. Der Prozess ist klar definiert und geht mit der Budgetierung einher. Es trifft auch nicht zu, dass sich das Departement Bau und Umwelt aufgrund der vielen Strassenbauprojekte nicht mehr um die Umwelt kümmern könne. Im Umwelt-Bereich verfügt das Departement über eine durchaus schlagkräftige Truppe. Sie kümmert sich sehr intensiv und mit viel Herzblut um Umweltanliegen. Es wurden im Zusammenhang mit der Klimaveränderung zusammen mit dem Bund konkrete Massnahmen definiert. Das ist nicht nur Papier. Diese Massnahmen werden nun weiterverfolgt. Mit dem neuen Energiegesetz wird ein wichtiger Beitrag zur Verlangsamung des Klimawandels geleistet. Das Personal kann und darf für dieses Thema Ressourcen einsetzen. – Nicht zu vergessen ist, dass der Kanton Glarus sehr stark auf den Verbund mit anderen Kantonen zurückgreifen darf. Der Klimaschutz ist schon längst kein Thema mehr, das jeder Kanton für sich bearbeitet. Auch auf Bundesebene hat er grosses Gewicht. – Der Kanton Glarus verfügt über die notwendigen Ressourcen, um seine heutigen Aufgaben zu erfüllen. Er ist gewappnet. Wenn mehr Ressourcen benötigt werden, wird sich das Departement melden. Im Moment ist aber weder die Überweisung als Motion, noch als Postulat notwendig.

Abstimmungen:

- In der Eventualabstimmung unterliegt der Antrag auf Überweisung des Vorstosses als Motion dem Antrag auf Überweisung als Postulat.
- Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Landolt. Das Postulat ist abgelehnt.